



TRANSPARENCY INTERNATIONAL

SCHWEIZ SUISSE SVIZZERA SWITZERLAND

Transparente Parteienfinanzierung in der Schweiz



WORKING PAPER: JUNI 2008

Die aktuelle Situation in der Schweiz

Die Finanzierung von politischen Parteien ist zum heutigen Zeitpunkt ein unregelmäßiger und intransparenter Aspekt des politischen Geschehens in der Schweiz. Einzig in den Kantonen Tessin und Genf gibt es seit 1998 bzw. 1999 Gesetze, welche die Offenlegung von Parteispenden regeln. Im Kanton Tessin verpflichtet das genannte Gesetz unter anderem Parteien dazu, Spenden, welche eine Höhe von Fr. 10'000.- überschreiten, bei der Staatskanzlei zu melden, sowie die Identität der Donatoren offenzulegen. Im Kanton Genf müssen Parteien jährlich ihre Rechnung und die Namen ihrer Sponsoren kantonalen Finanzinspektoren präsentieren. Die zahlreichen Bemühungen, ähnliche Verfahren auf nationaler Ebene durchzusetzen, scheiterten jeweils im parlamentarischen Entscheidungsprozess.

Die unregelmäßige Parteienfinanzierung und fehlende Transparenz macht die Schweiz zu einem Sonderfall im internationalen Vergleich. Die Mehrzahl der westlichen Demokratien hat seit den 1960er Jahren sukzessive die Parteienfinanzierung reguliert und dadurch ein gewisses Mass an Transparenz geschaffen. Diese Tatsache ist nicht nur auf staatliche Parteienfinanzierung zurückzuführen, welche meist un-

weigerlich zu einer Offenlegungsregelung im Sinne von Rechten und Pflichten führt. Denn selbst Grossbritannien, welches nur eine marginale staatliche Parteienfinanzierung kennt, führte Ende 2000 restriktive Gesetze ein, welche bei der Finanzierung der politischen Parteien mehr Transparenz verlangen.

Im Unterschied zu den meisten EU-Staaten, in denen nicht nur von Wettbewerb die Rede ist, sondern mit Transparenz und anderen Vorschriften für einen fairen Wettbewerb gesorgt wird, müssen die politischen Parteien in der Schweiz niemandem Rechenschaft darüber ablegen, wie sie zu so viel Geld kommen und wer ihnen unter welchen Umständen und weshalb wie viel Geld zur Verfügung gestellt hat. So verwundert es nicht, dass die Schweiz beim Global Corruption Report 2004 von Transparency International, dessen Schwerpunkt auf der Korruption in der Politik lag, bezüglich der Transparenz bei der Parteienfinanzierung sehr schlecht abschloss. Die Schweiz sieht sich hier vereint mit Staaten wie Albanien, den Bahamas, El Salvador, Madagaskar, Sri Lanka, Tuvalu, Uruguay und anderen, die alle keine Offenlegungspflicht kennen.

Probleme der fehlenden Transparenz in der Parteienfinanzierung

Das Kernproblem der fehlenden Transparenz besteht darin, dass die Quellen der Finanzierung nicht bekannt sind. Dadurch können einerseits Spenden von fragwürdigen Personen oder Institutionen angenommen und verwendet werden. Andererseits kann dadurch Korruption und dem Missbrauch von Parteiengeldern Vorschub geleistet werden. Geschieht dies, oder wird es aufgrund undurchsichtiger Praktiken vermutet, führt dies unweigerlich zu einer Gefährdung der Legitimation von politischen Parteien, die als Volksvertreter und staatstragende Elemente der Demokratie agieren.

Wie stark die Abhängigkeit politischer Parteien von kapitalkräftigen Interessengruppen heute ist, bleibt unklar. Es ist jedoch anzunehmen, dass aufgrund steigender Kosten – noch nie wurde so viel Geld ausgegeben wie bei den nationalen Wahlen 2007 - politische Parteien zunehmend auf Interessengruppen angewiesen sind, welche die politischen Parteien meist themen- bzw. wahlspezifisch unterstützen. Es ist daher zu befürchten, dass Geld einen zunehmend entscheidenden Einfluss erhält und dazu führt, dass politische Parteien, welche durch finanzstarke Verbände unterstützt werden, im politischen Wettbe-

werb einen Vorteil geniessen. Fehlt es bei solch einer Parteienfinanzierung an Transparenz, ist es den Stimmberechtigten nicht möglich, sich ein Bild über die finanzgebundene Interessenlage der Parteien zu machen. Ein fairer politischer Wettbewerb ist unter solchen Umständen nicht möglich, was den demokratischen Prinzipien widerspricht.

Notwendigkeit von Transparenz in der Parteienfinanzierung

Transparenz in der Parteienfinanzierung ist eine Notwendigkeit, um Korruption und Missbrauch zu verhindern und einen fairen politischen Wettbewerb zu garantieren. Diese Ansicht lässt sich nicht nur aus den oben aufgeführten Überlegungen gewinnen, es widerspiegelt auch das Bedürfnis des schweizerischen Stimmvolks. Umfragen der Tagesschau (2000) sowie im Rahmen von UNIVOX (2002) haben ergeben, dass rund 78% der schweizerischen Wahlberechtigten eine Offenlegungspflicht der Parteispenden befürworten. In den letzten Jahren ist dieses Bedürfnis sogar gestiegen, was die Umfrage von UNIVOX aus dem Jahr 2007 bestätigt. 87% fordern eine Offenlegung der Herkunft der Gelder für eine Abstimmungskampagne. Laut UNIVOX ist die Offenlegung der Parteifinanzierung auch bei den Sympathisanten

der bürgerlichen Parteien klar mehrheitsfähig.

Letztlich muss ebenfalls mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung erbracht werden, um den Ansprüchen der internationalen Gemeinschaft zu genügen, zu welcher die Schweiz gehört. Die OSZE empfiehlt in ihrem Bericht über die Schweizer National- und Ständeratswahlen vom 21. Februar 2007 eine Offenlegung der Parteienfinanzierung. In der UNO-Konvention über Korruption (2003) ist zudem Transparenz bei der Parteienfinanzierung ein wesentlicher Bestandteil, dessen Umsetzung in den jeweiligen Mitgliedsländern empfohlen wird. Zusätzlich erklärt der Europarat die Korruptionsbekämpfung zu einem seiner wichtigsten Ziele. In diesem Zusammenhang hat er 2003 Empfehlungen an seine Mitglieder (also auch an die Schweiz) ausgearbeitet, betreffend der Verhinderung von Korruption in der Finanzierung der Parteien und Wahlkampagnen. Die Umsetzung dieser Empfehlungen wird durch die Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) überprüft. In der Schweiz wird dies im Jahr 2010 der Fall sein.

Abschliessend lässt sich feststellen, dass Transparenz in der Parteienfinanzierung von verschiedenen Seiten gefordert wird. Einerseits besteht ein Druck seitens der internationalen Gemeinschaft, Massnahmen für mehr Transparenz zu ergreifen. Andererseits verlangen demokratische Prozesse und das Stimmvolk selbst mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung. Es ist daher notwendig, dass politische Parteien, als Interessenvertreter der Wähler und Stützen der Demokratie diesen Forderungen Folge leisten.